

Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Königliche Regierung

Bekanntmachung.

Der Götter-Deiniger, Campagna etc.

Bekanntmachung.

Bom 12. April 1876.

Der Reichsfanzler, Fürst v. Bismarck.

a. in Berlin

- Der Finanz-Minister, Camphausen.

Die Unschuld der Fortschrittspartei.

Die Entgegnungen der Fortschrittspartei gegen die neuliche Beleuchtung ihres Verhaltens bei der Vorbereitung der deutschen Einigung lassen es angemessen erscheinen, vor weiterer Erörterung ihrer späteren Thaten, noch etwas näher auf jene Anfänge zurückzugehen.

Die „Provinzial-Correspondenz“ braucht denen gegenüber, die ihre Haltung und Kampfesweise kennen und die ihre neulichen Äußerungen gelesen haben, sich gegen Vorwürfe wegen „maßloser Festigkeit“ und dergleichen nicht zu vertheidigen: wenn ihren diesmaligen Ausführungen, wie aus der augenblicklichen Haltung der Fortschrittspresse hervorzugehen scheint, eine gewisse Kraft beigegeben hat, so kann es nur auf der inneren Bedeutung und überzeugenden Gewalt der aufgeführten politischen Erinnerungen beruhen.

Die Regierung hat seit dem Ausgange mit dem größten Theile der liberalen Partei im Jahre 1866 in ernstlicher Friedensstimmung jede Erinnerung an die vorhergegangenen inneren Kämpfe sorgfältig vermieden und diese Verjährlichkeit auch auf diejenigen Liberalen ausgedehnt, welche sich ihrerseits an jener Verjährung nicht hatten betheiligen wollen. Nur unter der Gunst dieses langjährigen rückwärtsvollen Schweigens über die älteren Vorgänge hat die jetzige Fortschrittspartei versuchen können, ihren gläubigen Anhängern die Meinung beizubringen, daß ihr selber ein erheblicher Antheil an den großen nationalen Thaten zukomme, auf welchen das Ansehen der jetzigen Regierung und die Kraft der nationalen Entwicklung beruht. Diesem Anspruche der Fortschrittspartei mußte aber um so entschiedener entgegengetreten werden, je mehr die Absicht derselben hervortritt, auch solche freisinnige Kreise der Bevölkerung, welche die Regierung aufrichtig zu unterstützen gewillt sind, unter dem Deckmantel einer angeblichen Uebereinstimmung aller Liberalen zur Unterstützung fortschrittlicher Wahlen heranzuziehen und damit die bisherige parlamentarische Stellung der Regierung zu schwächen.

I.

Die Heeresreform und die Deutsche Frage.

In dem Hauptblatt der Berliner Fortschrittspartei wird es als eine „Unwahrheit“ bezeichnet, daß die Fortschrittspartei die Heeresreorganisation nicht habe genehmigen wollen. Damals habe die Fortschrittspartei noch „gar nicht existirt“, — sondern die Partei Vincke, „dieses Vorbild des schwachsinrigen Liberalismus“, sei es gewesen, welche die Reorganisation nicht genehmigt, aber in „recht gründlicher Schwachmüthigkeit“ ein Pauschquantum bewilligt, mit welchem man die Reorganisation angeblich „provisorisch“ ohne Gesetz ausfuhrte.

Dieser Satz — beiläufig ein neues sprechendes Zeugniß von der Achtung, welche die Fortschrittspartei den gemäßigten Liberalen zollt, — beweist in seinem Schlußgrade die Wahrheit dessen, was er im Anfange widerlegen soll, — die Wahrheit der Thatsache, daß „ohne das Ausrufen der Fortschrittspartei die Reorganisation der Armee nicht abgelehnt worden wäre“.

Bis zum Jahre 1861 bestand in der That die Aussicht, die Heeresreform schließlich mit Genehmigung des Abgeordnetenhauses durchzuführen. Die bedeutendsten Führer der damaligen liberalen Partei hatten sich Namens der Mehrheit entschieden dahin ausgesprochen, daß die Reorganisation in ihren Hauptgrundlagen dem Bedürfnisse des Landes durchaus entspreche, daß jedoch zur dauernden Durchführung derselben erst eine Abänderung des Gesetzes von 1814 über die Dienstpflicht notwendig sei, — daß deshalb die Mittel zur weiteren einstweiligen Aufrechterhaltung der thatsächlich bereits durchgeführten Reorganisation, vorbehaltlich jener Regelung durch das Gesetz, nur im Extraordinarium zu bewilligen seien.

Mit dem Eintritt der Fortschrittspartei aber änderte sich die gesamte Stellung des Hauses zur Heeresfrage: während von 1859 bis 1861 jeder Schritt theils unter Mitwirkung, theils unter nachträglicher Genehmigung der Landesvertretung geschah und nur die endgültige dauernde Festsetzung noch von der Abänderung des erwähnten Gesetzes abhängig gemacht war, — trat die Fortschrittspartei einerseits mit der Behauptung hervor, daß die ganze Reorganisation in einmüthiger Willkür und ungerechter Weise von der Regierung durchgeführt worden sei, andererseits mit der offenkundigen Absicht, die Heeresreform selbst wieder in Frage zu stellen und auf die Einrichtungen von 1814 zurückzugehen.

Erst unter der Herrschaft der Fortschrittspartei erfolgte eine Ablehnung der Kosten für die Heeresreform, und damit erst begann der Verfassungskonflikt.

Es ist eine „vollständige Umkehrung der Thatsachen“, wenn behauptet wird, daß die grundsätzliche Opposition erst durch die Haltung des Ministeriums Bismarck hervorgerufen worden sei, — vielmehr hat „die grundsätzliche Opposition der Fortschrittspartei, durch welche sich bereits das liberale Ministerium Auerwald im Frühjahr 1862 zur Kammer-Auflösung veranlaßt gesehen hatte, in ihrer weiteren schroffen Entwicklung „und nach der schließlich herausfordernden Ablehnung“ der ganzen Reorganisation eben zur Bildung des Ministeriums Bismarck behufs entschiedener Wahrung der Rechte der Krone geführt“.

Zur Entschuldigung für das Verhalten der Fortschrittspartei wird nun weiter angeführt: „man habe nicht wissen können, daß es sich um die deutsche Frage handele“.

Wie sehr von Preußens „deutschem Verufe“ bei der Heeresreform von vorn herein die Rede war, das hat der Kriegsminister v. Roon in einer jener glänzenden Reden dargelegt, in welchen er die ganze Kraft und Tiefe seiner Ueberzeugung als Militär und Politiker daran setzte, das Haus zur Anerkennung der Heeresreform zu bewegen.

„Es liegt“, sagte er, „in den Verhältnissen unseres weiteren Vaterlandes, wenn wir von Preußen absehen, doch gar keine Garantie für die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Macht. Wenn fällt dann aber die Rolle des Beschützers zu? Doch nur Preußen! Sind denn die Mittelstaaten fähig, irgend einem ernsthaften Stoß von Außen zu begegnen und auszuhalten? Meine Herren, organisierte Militärfürken von großer Ueberlegenheit werden nicht so leicht überwältigt, auch durch den brennendsten und eifrigsten Volksenthusiasmus. Die Geschichte bekräftigt diese Behauptung auf jeder Seite. Wenn nun also eine solche Nothwendigkeit an Preußen herantritt, Deutschland zu schützen und zu schützen, so liegt doch auch die Verpflichtung nahe, daß es dazu im Stande sei.“

„Ich bin der Ansicht“, „wer Preußen dazu unfähig macht, diesen seinen deutschen Verufe zu erfüllen, der veründigt sich damit nicht bloß an Preußen, sondern auch an Deutschland“.

Wenn nun aber die fortschrittlichen Blätter vollends zu behaupten wagen, unter dem Ministerium Bismarck sei „von der deutschen Frage nicht entfernt die Rede gewesen“, so gibt diese unglaublich dreiste Behauptung einen erwünschten Anlaß, daran zu erinnern, wie grade „das Ministerium Bismarck vom ersten Augenblick an die deutsche Frage in ihrer ganzen großen Bedeutung „offen und ausdrücklich ins Auge faßte“, — damit aber auf die schändeste Zurückweisung seitens der Fortschrittspartei stieß, deren Führer über die von Herrn von Bismarck beabsichtigte „große Aktion“ spotteten und von der Rednerbühne des Abgeordnetenhauses verurtheilten: „Wenn das jetzige Ministerium den Ruf „nach einem deutschen Parlament erschallen ließe“, — es wird es nicht thun, es befindet sich gar nicht in der Möglichkeit dazu, — wenn es ihn erschallen ließe, „so würde sich bei dem von ihm berufenen Deutschen Parlament Niemand einfinden“.

Das Ministerium Bismarck ließ sich durch diese schroffe Antwidung nicht abhalten, seinerseits schon im Jahre 1863 die deutsche Frage in der bestmöglichen und ausgedehntesten Weise zu stellen. Gegenüber den Reformvorschlägen des Frankfurter Fürstentages erklärte das Staatsministerium in der alsbald veröffentlichten Denkschrift an den König: Diese Vorschläge ließen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden.

„Diese Bürgschaft“, hieß es dann, „kann Eurer Majestät Staats-Ministerium nur „in einer wahren, „aus direkter Beherdigung der ganzen Nation hervorgehenden National-Vertretung finden“. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. — „In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht“, wird der Schwerpunkt so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich loslösenden Theil fallen, darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten.“

Das war im September 1863, im ersten Jahre des Ministeriums Bismarck und drei Jahre vor Beendigung des Konflikts, — und Angesichts solcher Thatsachen wagen die fortschrittlichen Blätter zu be-

haupten: von der deutschen Frage sei nicht entfernt die Rede gewesen!“

II.

Die Fortschrittspartei und die Bismarcksche Politik.

Als die Landesvertretung gegen Ende des Jahres 1863 von Neuem zur Mitwirkung an den Geschäften des Vaterlandes berufen war, hatte das Bismarcksche Ministerium in Folge des Todes des vorigen Königs von Dänemark bereits die wirkliche nationale Aktion begonnen, ohne jedoch im Verlaufe derselben die Unterstützung der im Abgeordnetenhaus herrschenden Fortschrittspartei erlangen zu können.

Fürst Bismarck hat jüngst, als der Abgeordnete Birchow die Vorlage in Betreff der Einverleibung Vauenburgs in die preussische Monarchie bekämpfte, geäußert: es überrasche ihn, so viel Schwierigkeiten gerade von Seiten dieses Abgeordneten zu hören; — er habe geglaubt, derselbe würde mit einer gewissen vornehmer Vergessenheit über Dinge, die zehn Jahre rückwärts liegen, hinweggehen; denn wenn es nach ihm dann gegangen wäre, so würde Vauenburg sich im Besitz des Herzogs von Augustenburg und unter dem Schutze des Frankfurter Bundestags befinden, der nach der Politik des Herrn Birchow noch heute die herrschende Politik in Deutschland sein würde.

Als darauf der Abgeordnete Birchow die damalige Haltung des Abgeordnetenhauses zu rechtfertigen versuchte, erwiderte der Reichskanzler: „Ich bin unbesonnen genug, um mich in den Zwang des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866 vollständig einleben zu können, und habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damalige preussische Landesvertretung das, was sie für Recht hielt, vertreten hat. Daran mache ich Niemand einen Vorwurf. Sie konnten damals nicht wissen, wo meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen sollte; ich hatte auch keine Sicherheit, daß sie faktisch dahin hinausgehen würde, und Sie hatten auch das Recht, wenn ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: nicht das Verfassungsrecht unseres Landes höher, als seine answärtige Politik.“

Die letztere Aeußerung „vornehmer Vergessenheit“ seitens des Fürsten Bismarck wird von der Fortschrittspartei als „das glänzende Anerkennniß“ ihrer damaligen Opposition gemißbraucht, in offenbarem Widerspruch mit den zuerst angeführten Worten des Fürsten. Zum Dank seines hochherzigen Vergessens wird in der fortschrittlichen Presse die Indemnitätsforderung von 1866 von Neuem als eine „Abbitte der Regierung“ für ihr Verhalten bis 1866 gedeutet. Dem gegenüber dürfte es nicht überflüssig sein, die Erinnerung an die Haltung der Fortschrittspartei in der Schleswig-Holsteinischen Frage in aller Kürze aufzurufen. Man wird daraus erkennen, wie milde und selbstverleugnend die obige Aeußerung des Kanzlers war.

Als die Regierung zur Ausführung ihrer Absichten für Schleswig-Holstein mit der Forderung einer Anleihe gegen Ende des Jahres 1863 vor den Landtag trat, wandte sich das Abgeordnetenhaus mit einer Adresse an den König, in welcher die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß in den Händen des Ministeriums Bismarck die Mittel nicht im Interesse der Herzogthümer und Deutschlands verwendet werden dürften; — der König wurde gebeten, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen und ihm zur Besitzergreifung seiner Erblande Beistand zu leisten.

Der Abgeordnete Birchow stellte es als unabweisbare Pflicht hin, daß Fürst Bismarck die Herzogthümer schleunigst an England bringen, den stielten Papen in Rußlands Hände geben, mitten in unser Land hinein, wo es am wenigsten vertheidigt sei, einen fremden Keil hineinschieben wolle. Er schloß seine Rede mit den Worten:

„Wögen nun die Deutschen Fürsten die Prinzipien der Legitimität opfern aus Gründen der europäischen Zweckmäßigkeit, — mögen sie ein deutsches Land nach dem andern hingeben, mögen sie gestatten, daß dieselbe kleine Dänemark eine unserer schäbsten Provinzen wegnimmt, — die Sache des Volkes für diesen Verfall wird nicht fehlen! Solche Dinge verzeichnen die Weltgeschichte nicht bloß auf ihren Blättern, sondern werden mit blutigen Buchstaben in die Herzen der Völker geschrieben.“

Vergebens versicherte Herr von Bismarck, daß die Absichten der Regierung ganz anders seien; ihre Politik rühre auf dem Aussprache des Königs, daß „kein Zoll breit deutscher Erde verloren gehen solle, und daß ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden soll“.

Vergebens erklärte der König: er bürge mit seinem

Wort dafür, daß die Mittel des Reichs und der Ehrlichkeit diesem Zwecke entsprechen; jeder Zweifel daran widerspreche dem preussischen Volk in seinen Gewohnheiten.

Der Berichterstatter sagte in einer der leidenschaftlichen Aeußerungen:

„Unsere Ansicht von der Befähigung des Fürsten Anhalt, einer Anleihe zu sehen, die wir in ihrer verderblich erkennen.“

der Schwelle von Europa, die das Schwächliche der Staaten, was einer Nation mißfällt, auch die letzte Maß Deutschland wissen mit der Politik dieses hat. — — — Wir dieses Ministerium mit preussisches Land zerritt, gen in den Händen der zur Ohnmacht oder zum unsere Wahl kann nicht die Ohnmacht dem Selb-

Als das Abgeordnete wieder versammelt wurde, von Düppel und Alsen demaß geolgt und „die Holstein, sowie Vauenburg, von der deutschen Mächte“

Wiederum trat die eine Anleihe vor den Fürst die Marine, besonders Kiel. Herr von Bismarck Milde wie jüngst: „Häde einem halben Jahre offen d wir zustreben, Sie würden wendet haben. — — Es solle, aus denen Ihnen in daß wir seit dem Dezem gewechselt haben.“

Aber auch damals in ihrem schroffen Gegensatz. Sie stellte den Zweifeln gelingen werde, Kiel wirk Herr von Bismarck versich für jede Verständigung in faustige alleinige Eigenthum sei, um Deutschland zur er fügte hinzu: beiderseits die Beträge nur dann zu wirklich stiel besitzen, und Geld.“ Aber die Fortsch die dringenden Vorstellungen vor den Fürsten von Aug Anprüchen auf Schleswig seinem Widerspruch gegen Das Abgeordnetenhaus ve für die Marine, sondern liche Genehmigung der va

Die Landtagssession am 17. Juni 1865 mit über die Haltung des Ab mit dem Ausdruck der Z Tag nicht mehr fern sein wie bereits durch Tausend gewordenen Stimmen gesch ihrer geordneten Vertreter ertennung aussprechen wer

Aber noch ein ganzes ren Kämpfen dahin gehend der gewaltigen Thaten un dankende Volksstimme Geltung gelangen zu lassen

Als nun dieser Zeitpunkt folges eingetreten war, da Indemittelst, wie sich lang les Blatt ausdrückte, der Theil derselben hat sie fu Gemeinschaft mit der Sache und an dem inner zu arbeiten.

„Die Fortschrittspartei droffen jenseits neben nahme einer Anzahl von neuerdings von dem unsi haben) „die nationale En

von Bismarck, daß
andere seien; ihre Be-
stimmung, daß „kein
gehen solle, und
Rechtens geopfert we-
re: er bürgte mit sei-

„Die Fortschrittspartei aber ist trotzig und droffen jenseits stehen geblieben und hat (mit Ausnahme einer Anzahl von Mitgliedern, die sich neuerdings von dem unfruchtbaren Treiben losgerissen haben) die nationale Entwicklung fast in allen

— Was die Maori, die Eingeborenen
den Zustand unter „Bankerott“ sich denken, geht
nachher unter dem „Globas“ entnommenen Mittheil
hervor. Ein Maorihäuptling, ein Mann von Zut
genz und in Geld-Angelegenheiten mit seinen benach
ten Pakebas (Weißen) sehr gewissenhaft, verlor für
40 Pfd. Sterl. bei einem Weißen, der sich bankro
t erklärt hatte. Er erzählte befreundeten Häuptling
daß er sein Geld bei einem Pakeha verloren, wel
packarapu (bankrupt) geworden. Auf die Fr
was „packarapu“ bedeute, gab er folgende Erklärung.
„Ein Pakeha, der packarapu werden will, fängt
Geschäft an und verschafft sich ohne Zahlung eine Ma
n Waaren. Er macht dann möglichst viel Geld dar
etwa 2000 Pfd. Sterl. und bringt es sicher bei E
mit Ausnahme von 5 Pfd Sterl. Mit diesen 5
Sterl. geht er zum Richter und erklärt, er wolle pack
raru werden. Der Richter entgegnet, es thue ihm
leid, aber es müsse geschehen. Er ruft hierauf alle
vokaten zusammen und so wie alle Leute, welchen
Pakeha schuldet und spricht: Dieser Mann
packarapu; alsoin er will Euch Alles geben, wa
ngt hat, und darum hat er mich gebeten, diese 5
Sterl. unter Euch zu vertheilen. Der Richter gibt

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes angenommen.

Fahrplan der Luxemburg-Uffinger Eisenbahn, gültig vom 15. Mai 1876 ab bis auf Weiteres.

Luxemburg-Uffingen.								Uffingen-Luxemburg.							
Stationen.	Stützpunkt mit Pers.	Personen-Zug	Stützpunkt mit Pers.	Personen-Zug	Personen-Zug	Stützpunkt mit Pers.	Personen-Zug	Stationen.	Personen-Zug	Personen-Zug	Personen-Zug	Stützpunkt mit Pers.	Personen-Zug	Stützpunkt mit Pers.	Stützpunkt mit Pers.
Luxemburg Abf.	4,20	7, 9		11,46	4,15	9,17		Aus Pöpinster Abf.			7,27		3, 4		
Dommeldingen "	4,33	7, 9		11,55	4,24	9,26		Uffingen Abf.	6,46	10,28	5,54	6,35			
Wasserdingen "	4,45	7,17		12, 2	4,32	9,34		Manusmühle "	6,55	10,37	6, 3				
Lorenzweiler "	4,59	7,25		12,11	4,40	9,42		Elerf "	7, 4	10,46	6,12	6,54			
Uffingen "	5, 8	7,31		12,18	4,46	9,48		Wiltwerwilt "	7,18	11 --	6,26	7,15			
Mersch "	5,21	7,39		12,26	4,54	9,56		Kantenbach "	7,28	11,11	6,36	7,30			
Reichen "	5,38	7,48		12,35	5, 3	10, 5		Göbelsmühle "	7,39	11,21	6,45	7,44			
Colmar-Berg "	5,56	7,55	12,43	5,10	10,12	10,12		Michelan "	7,47	11,29		7,56			
Eitelbrück Anf.	6, 6	8, 2	11,49	5,17	7, 8	10,19	8,31	Eitelbrück Anf.	7,57	11,39	6,58	8,11			
Diekirch Anf.		8,22	11,59	1,15	5,36	7,18	10,29	Diekirch Abf.	5,34	7,42	11,24	12,55	6,43	7,51	4,52
Eitelbrück Abf.	6,21	8, 7		1, --	5,21			Eitelbrück Abf.	5,45	8, 2	11,44	12,45	7, 1	8,26	5, 2
Michelan "	6,40	8,18		1,11	5,32			Colmar-Berg "	5,53	8,11	11,53	Anf.	7, 8	8,36	Anf.
Göbelsmühle "	6,52	8,26		1,20	5,40			Cruchten "	5,59	8,17	11,59	Anf.	8,46	Anf.	
Kantenbach "	7, 3	8,34		1,28	5,48			Mersch "	6,10	8,27	12, 9		7,20	9 --	
Wiltwerwilt "	7,20	8,44		1,38	5,58			Uffingen "	6,17	8,34	12,16		7,27	9,11	
Elerf "	7,48	9, --		1,54	6,14			Lorenzweiler "	6,23	8,40	12,24		9,20		
Manusmühle "	8, 2	9, 8		2, 3	6,22			Wasserdingen "	6,32	8,49	12,31		9,32		
Uffingen Anf.	8,15	9,18		2,14	6,33			Dommeldingen "	6,39	8,57	12,39		7,45	9,43	
Aus Pöpinster Anf.		11,55		4,56	9,17			Luxemburg Anf.	6,47	9, 6	12,47		7,52	9,57	

Holz-Verkauf.

Am Mittwoch den 16. August d. J., Vormittags 10 Uhr,

lassen die Herren Wilhelm Kloss in Kenland und Hubert Legros in Emmels

200 Klafter Rohholz „im Pfefferberg“ bei Kenland

durch den Unterzeichneten an Ort und Stelle öffentlich versteigern.

St. Vith, den 11. August 1876.

Hilgers, Notar.

Fruchtverkauf in St. Vith.

Am Donnerstag den 17. August d. J., Mittags 1 Uhr,

wird der unterzeichnete Notar auf Anstehen des Herrn Rudolph von Monschau und der Frau Wittwe J. Grüssges in St. Vith

10 Morgen Hafer

öffentlich gegen Zahlungsausstand an Ort und Stelle versteigern.

Sammelpfad an der Wohnung des Notars.

St. Vith.

Hilgers, Notar.

Den Herren Bürgermeister die ergebene Anzeige, daß Wahllisten zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstage vorrätig und zu haben sind.

St. Vith.

J. Doepgen.

Die St. Sebastianus-Schützen-Bruderschaft veranstaltet am 20. dieses Monats

ein Preis-Vogelschiessen,

woran auch Nicht-Mitglieder Theil nehmen können.

Vom 13. d. Mts. ab liegt die Liste zum Einzeichnen im Stammsokal bei Herrn Schenkewirth Serv. Lens offen.

Geldcourse.		5-Franken-St.	4 3/2
20-Franken-Etikette	16 18	Libre-Sterling	20 37
20-Franken-Etikette	16 62	Imperial	16 64
20-Franken-Etikette		Defr. Silbergulden	72



Illustrirte Frauenzeitung

Ausgabe der Modenwelt
mit Unterhaltungsblatt

Gesamt-Auflage
allein in Deutschland 206,000

Erscheint wöchentlich.

Vierteljährlich Mark 2.50.

Jährlich: 24 Nummern mit Moden-
Handarbeiten, gegen 2000 Abbildun-
gen enthaltend.

12 Beilagen mit etwa 200 Schnittmuster
für alle Gegenstände der Toilette,
etwa 400 Musterzeichnungen für Was-
stickerei, Soutache etc.

12 Grosse colorirte Modenkupfer.
24 Illustrirte Unterhaltungs-Nummern.

Grosse Ausgabe. Vierteljährlich M. 4.50
Jährlich ausser Obigem: noch 4
im Ganzen also 60 colorirte Mode-
kupfer, darunter 24 Blätter mit hüss-
schen und Volks-Trachten.

Die Modenwelt.

Jährlich: 24 Nummern mit Moden-
Handarbeiten, sowie 12 Schnittmuster
Beilagen (wie bei der Frauen-Zeitung)
kostet vierteljährlich nur M. 1.25.

Abonnements werden von allen
Buchhandlungen und Postanstalten je-
zeit angenommen.

Sedan! Sedan! Sedan!

Waschächte Fahnen! Ballons, Campions, Pechfackeln,
füllte Fetttöpfchen, Feuerwerkskörper, Kaiser, Kronprinz
in Lebensgröße. Bonner Fahnenfabrik BONN.

Avis.

Meiner geehrten Kundschaft hiermit die ergebene Anzeige,
dass ich mein Geschäft aus meiner früheren Wohnung in das auf
dem Markte neben der Post gelegene Haus Nro. 140 verlegt habe.

Gleichzeitig beehre mich anzuzeigen, dass ich mit dem
heutigen Tage eine

Wein- u. Bierwirthschaft

errichtet habe und stets warme und kalte Speisen verabreiche.

Für gute Speisen und Getränke zu sorgen, wird immer mein
Bestreben sein und halte mich unter prompter und reeller Be-
dienung meinen geehrten Gönnern bestens empfohlen.

St. Vith, den 6. August 1876.

Hochachtungsvoll

Richard Marquet,
Metzger.

Ein braves junges Mädchen,
welches gut deutsch spricht, wird ge-
sucht zur Aufwartung kleiner Kinder.

Diejenigen, welche gute Zeugnisse
besitzen, wollen sich wenden an
Dr. Otte in Stavelot, woselbst
nähere Auskunft ertheilt wird.

Ein vollständiges Gusschmiedegeräthe

steht unter günstigen Bedingungen
zu verkaufen.

Der Ankäufer kann sich zugleich
daselbst etabliren.

Dionys Richardy in Braunlauf.

Neue Matjes-Haringe,

à 25 Reichspfennige,

empfiehlt. Ph. A. Baur.

Feld- und Forstrevellprotokolle
sowie Ursprungsscheine

sind vorrätig und zu haben bei
J. Doepgen in St. Vith.

Kaltniederlage.

Einem geehrten Publikum hiermit

die ergebene Anzeige, daß ich bei
Wirth Louis in Madingen
Depot von belgischem Kalt,
Qualität errichtet habe und emp-
den selben zur geneigten Abnahme.

Preis: loco Madingen 4 T.
28 Sgr. pro Meter;

loco Convy 4 Thlr.

Für Zahlung in fr. Münze

Agio gegeben.

Huberty, Handelsmann in D.

Ziegelsteine,

bester Qualität,

fortwährend zu haben bei

Joh. Ph. Surges.

Redaction, Druck und Verlag von J. Doep-
gen in St. Vith.

Kreis

Nr. 66.

Das „Kreisblatt“ für den
dieses Blattes eingegangen
für die 4spaltige

Amstliche

Befan

Ich bringe hierdurch
die diesjährigen Herbst-
des hiesigen Kreises, mi-
für die Zeit vom 25. 6.
festgesetzt worden sind.
Malmady, den 7. 7.

Nr. 5710.

Befan

Gemäß Verfügung
auch in diesem Jahre
bei Sedan am 2. Se-
denen vor dem Festtag
begonnen haben, in der
werden.

Zur Bescheerung

werden nachstehende Sa-

1) Sedanbüchlein, von

2) Friedrich Wilhelm

Reiches und von

3) Luise, Königin von

Dieselben sind erse-

Nachte in Essen und for-

Partie-Abnahme von in

Malmady, den 10.

Der-

An die Schulvorstände

des Kreises.

Befan

In Gemäßheit des

28. April 1875 werde

pro 1876 für den 6.

zur allgemeinen Kenntni-

stern und Vormünder,

lene ohne geschlichen G-

folgenden Bestellung (N-

mit Geldstrafe bis zu 5

3 Tagen nach Vorschrift

8. April 1874 bestraft

Im Falle die 3

Gründen zu der best

werden kann, wird der

Ortspolizeibehörde den

zur Benachrichtigung de

Die Impfung findet

4) zu Mürdingen, an

Vormittags 9 U

5) zu Wirtfeld am

Nachmittags 4 U

6) zu Kochrath am

Nachmittags 6 U

7) zu Wittenbach an

er., Nachmittags

8) zu Berg am D

Nachmittags 4 U

9) zu Eisenborn am

Nachmittags 6 U

10) zu Kibrum am

Vormittags 9 U

11) zu Wehwerk am

Nachmittags 3 U

12) zu Rosheim am

Vormittags 8 U

13) zu Krewinkel am

Vormittags 10 U

14) zu Mandelsfeld am

Nachmittags 3 U

15) zu Holzheim am

Nachmittags 6 U

Die entsprechenden